



*Gemeinde Roetgen  
mit den Ortsteilen  
ROETGEN-ROTT  
u. MULARTSHÜTTE*

# DIE GRÜNEN

*informieren*

Nr. 7 Oktober 85

Wir informieren über:

## Müllentsorgung - Camping am Grödisbach - Verkehrsberuhigung - Gewerbegebiet

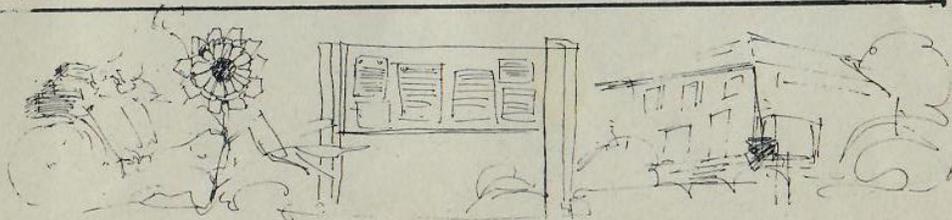
**Zu dieser Ausgabe**

Liebe Mitbürger!

Wir behandeln heute, ein Jahr nach dem Einzug der GRÜNEN in den Roetgener Rat, ausschliesslich Themen aus der Ratsarbeit ganz nach unserem Prinzip der weitgehenden Bürgerinformation, der alle 12 Seiten dieses Blattes gewidmet sind. Wir halten ab jetzt von pauschalen Erfolgsaufzählungen in wenigen Zeitungszeilen oder von flotanten Sprüchen ("Genug geredet - jetzt arbeiten"...will CDU-Ratsherr Garke etwa die Ratssitzungen abschaffen?). Mit unseren Informationen wollen wir dazu beitragen, daß Sie sich eine Meinung über das für unsere Gemeinde wichtige Geschehen im Rat bilden können - und zwar ständig, nicht nur in den Wochen vor einer Wahl.

Um dieses Ziel noch umfassender als bisher zu erreichen, haben wir uns entschlossen, diese Informationsblätter an alle Roetgener Haushalte zu verteilen. Das bedeutet für uns einen wesentlich höheren Aufwand an Geld und Verteilarbeit, weshalb wir die Erscheinungshäufigkeit etwas einschränken müssen. Anstatt alle 6 bis 8 Wochen, wie früher vorgesehen, werden wir versuchen, Ihnen etwa drei- bis viermal im Jahr unsere Blätter zukommen zu lassen. Dazwischen lesen Sie Aktuelles in unserem Schaukasten am Rathaus. Noch mehr können Sie erfahren, wenn Sie uns aufsuchen oder sich an unsere Ratsmitglieder wenden.

Sch.



# Müll und Umwelt

Das Waldsterben als Folge einer sorglosen Wachstumspolitik und eines fehlenden Bewußtseins für die Umwelt kann heute niemand mehr wegdiskutieren. Über sinnvolle Gegenmaßnahmen wird heftig und wahrscheinlich zu lange gestritten, obwohl das Problem bereits vor mehr als zehn Jahren erkannt, damals aber als lächerlich abgetan wurde.

Es hat den Anschein, als ob man bei uns in Roetgen genauso mit einer vergleichbaren Folge unseres Konsumverhaltens verfährt, nämlich mit den ständig und beschleunigt wachsenden Mengen fester Abfälle unserer Haushalte: dem Inhalt unserer Mülltonnen. Jährlich entstehen in der Bundesrepublik rund 30 Millionen Tonnen Hausmüll. Stellt man sich das auf einem Haufen vor, ist das ein Berg von 400 Meter Höhe! Die Deponien, in denen dieser Berg Jahr für Jahr zu verschwinden hat, stehen notwendigerweise in absehbaren Zeiträumen an den Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit.

## NEUES MÜLLKONZEPT – FRAGE DER VERNUNFT ?

Auf den ersten Blick scheint in Roetgen alles in Ordnung: Die wöchentliche Abfuhr klappt, die Glascontainer werden benutzt, das Altpapier wird schon seit langem von den Vossenackern abgeholt, auf der Deponie in Horm (bei Düren) ist noch jahrelang Platz.

Uns Grünen bereitet aber Sorgen, was auf uns alle zukommt, wenn wir uns nicht aktiv an der Entwicklung beteiligen, die aus guten Gründen bundesweit in Gang gekommen ist. Soll Roetgen wieder jahrelang hinter dieser Entwicklung herhinken, und sollen seine Einwohner für Versäumnisse von Rat und Verwaltung bezahlen, die blind hinzunehmen bereit sind, womit man sie "beglückt", wie schlecht die Lösung für uns und die Umwelt auch sein mag?

Im Landkreis Aachen ist die Diskussion darüber inzwischen in Gang gekommen - die Roetgener Ratsfraktionen der CDU und SPD haben das allerdings offenbar noch nicht gemerkt. Anders kann man nicht ihre bornierte Ablehnung eines Antrages der GRÜNEN deuten, das Thema "Müllbeschränkung und -beseitigung in Roetgen" seiner Bedeutung angemessen im Rat zu behandeln.

Da die "Große Koalition" im Roetgener Rat in bewährter Weise alles, was von den Grünen kommt, mit Schlagworten abtut (CDU-Ratsherr Garke: "Kein Konzept", "Interfraktionelle Debattierunden"), müssen wir die Roetgener Bürger wieder einmal im Detail aufklären, was tatsächlich in den letzten Monaten geschah und was die Gründe für den Vorstoß der GRÜNEN im Rat waren.

Lesen Sie dazu den Beitrag unseres Fraktionsvorsitzenden Rudolf Schwarzenberger.

Da ist z.B. eine Novelle der Bundesregierung zum Abfallbeseitigungsgesetz, die die Verringerung der Gesamtabfallmenge anstrebt und auch die Verwertung von Abfall durch verstärktes getrenntes Sammeln nennt. Da gibt es eine Fachzeitschrift "Müll und Abfall", da gab es im Mai eine Fachzeitschrift "Entsorga 85" in Essen, von denen anscheinend keine Kunde bis Roetgen gedrungen ist. Aber auch in unserer Nähe ist einiges im Gange.

Die Stadt Aachen und der nördliche Landkreis befassen sich schon seit geraumer Zeit mit der Verlagerung ihrer Entsorgung von Warden nach Inden (einem besonders großen Braunkohlenloch), da die von ihnen benutzte Deponie Warden höchstens bis 1992 aufnah-



mefähig ist. Man denkt dabei auch an den Bau einer großen Müllsortieranlage, mit deren Hilfe die wiederverwertbaren Anteile (Wertstoffe) aus dem geschlossen angelieferten Gesamtmüll herausortiert werden sollten. Daß der gesamte Müll einschließlich Papier vorher wahllos durcheinanderkommt, beeinträchtigt die Wiederverwertbarkeit (das Recycling) erheblich. (Denkt man z.B. an die Wegwerfwindeln in vielen Mülltonnen, versteht man, daß auf diese Weise kaum Recycling-Papier zu gewinnen ist.) Der Anreiz, weniger Müll zu produzieren, ist bei solchen Systemen natürlich gering, außerdem zeigt ein Preisvergleich, daß ein solches Verfahren das teuerste ist. Andererseits arbeiten derartige Anlagen natürlich umso rentabler, je größer die verarbeitete Menge ist.

Kein Wunder, daß der Landkreis für eine geplante Sortieranlage auch Appetit auf den Müll der Südgemeinden hätte. Diese Entwicklung brachte uns Grüne gleich nach den Sommerferien zu der Überzeugung, daß es notwendig ist, für die Südgemeinden Monschau, Roetgen und Sinnerath ein eigenes Konzept zu entwickeln, da bei uns die Verhältnisse durchaus anders liegen als in den Stadtgemeinden im Norden. Fast jeder Haushalt hier könnte seinen anfallenden organischen Müll selbst kompostieren und den größten Teil der Wertstoffe selbst getrennt sammeln (wir haben ja in der Regel Gärten und Nebenraum zum Aufheben).

Als wir uns mit diesem Fragenkomplex für die drei Südgemeinden näher befaßten, stellten wir fest, daß die Monschauer Stadtväter auch schon am Planen waren - aber wie! Sie hatten den Privatunternehmer, der auch Roetgen derzeit entsorgt, um einen zeitgemäßen Lösungsvorschlag gebeten. Was dieser dann vorlegte, kann jedoch nur Verwunderung hervorrufen. Das Modell, vor etwa 7 Jahren in Österreich realisiert, sieht vor, daß aller Müll einschließlich Papier und organischem Abfall wie bisher in einer Tonne gesammelt und zusammen mit dem Sperrmüll (!) in einer großen Mühle zerkleinert wird. Der einzige Wertstoff, der daraus noch herausgeholt werden kann, sind auf einige Zentimeter zerhackte Weißblechteile, die ein Magnet erfaßt. Nach Zugabe von Klärschlamm wird das Ganze - inclusive Plastik und Glascherben - kompostiert. Das Endprodukt wandert in Österreich auf die kahlgefahrenen Skipisten oder als Deckschicht auf alte Mülldeponien. Doch wo

bitte könnte sich jemand eine Verwendung dieser Spezialmischung im Monschauer Land vorstellen?

## UNSER KONZEPT

Bei diesem Stand der Dinge beantragten wir Grüne, eine interfraktionelle Gruppe im Rat zu bilden, die über Parteienehrgeiz und -streit hinweg, nach einer gleichsam maßgeschneiderten und auf lange Sicht optimalen Entsorgung zusammen mit den anderen Südge-meinden suchen sollte. Als Gesichtspunkte hierfür schlugen wir vor:

- 1) Schon das Entstehen von Müll sollte - vor allem durch Bürgeraufklärung - verhindert werden.
- 2) Der eigentliche Deponiemüll muß möglichst kleingehalten werden.
- 3) Die wiederverwertbaren Materialien sollen bereits im Hausmüll oder Kleinbetrieb getrennt gesammelt und getrennt abgeholt werden. Nur so ist das Recycling der einzelnen Wertstoffe wirklich effektiv und eine teure Sortieranlage unnötig.
- 4) Organische Abfälle können meist im eigenen Haushalt kompostiert werden.
- 5) Wiederverwertbare Stoffe sollten mindestens ihre Abfuhrkosten selbst tragen, wie das beim Glas heute schon der Fall ist.
- 6) Das gesamte Verfahren soll für die Haushalte so bequem wie möglich bleiben oder bequemer als bisher (z.B. bei Glas werden. Wir konnten darauf hinweisen, daß ein Modell einer derartigen Müllabfuhr in der mit Roetgen vergleichbaren Flächengemeinde Rahden im Münsterland (CDU-Mehrheit) bereits seit 2 Jahren zur Zufriedenheit aller funktioniert.

Dieser Antrag wurde von der CDU- und

SPD-Fraktion sowohl im Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuß als auch in der Ratssitzung selbst fast einstimmig abgelehnt und lächerlich gemacht. Dabei wurden als Gegenargumente genannt:

- 1) Das Problem ist noch lange nicht aktuell; Horm reicht für die Südge-meinden noch für mehr als 25 Jahre.
- 2) In Roetgen sind alle Müllprobleme bereits bestens gelöst; Glas und Papier werden getrennt gesammelt.
- 3) Es ist eine Zumutung für die Haushalte, die Wertstoffe getrennt sammeln und lagern zu müssen, weil man dazu Konservendosen kurz spülen müßte.
- 4) Der Antrag ist nicht entscheidungsreif; es wird kein bestimmtes Entsorgungskonzept vorgeschlagen (aber doch wurden die von uns vorgeschlagenen Punkte als "Doktorarbeit" bezeichnet).
- 5) Die Deponierung ist Angelegenheit des Kreises; wir haben keinen Einfluß darauf und brauchen uns folglich keine Gedanken zu machen.

Uns scheint dagegen, daß der Antrag aus Mangel an Gemeinsinn, mangelndem Bewußtsein für die Begrenztheit unserer Rohstoffvorräte und mangelndem Verantwortungsbewußtsein für unsere Umwelt abgelehnt wurde.

Zur Rolle des Kreises sei gesagt: Er kann nicht einfach darüber verfügen, wie die Gemeinden den Müll einzusammeln haben, eine Übereinkunft ist notwendig. Deshalb lud kürzlich der Landrat die Vertreter seiner Städte und Gemeinden ein und erfuhr dabei die Vorstellungen im Nordkreis: Getrenntes Sammeln in den Haushalten und Verstärkung des Containersystems - im Gegensatz zur erst vorgesehenen teuren Sortieranlage.

Vom Südkreis kam wohl keine eindeutige Kunde; war man sich des Monschauer Vorhabens doch nicht so sicher?

## PRIMITIVES POLITIKVERSTÄNDNIS

Nach Meinung der großen Parteien kann und darf überdies von den Grünen nichts Gutes kommen. Daß eine intensive Zusammenarbeit die Chancen für eine gute Lösung erhöht, wollten offenbar die meisten nicht verstehen. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Politikverständnis der großen Parteien (hier und anderswo) so primitiv ist, daß es ihnen nur darauf ankommt, für sich Punkte aus Abstimmungssiegen zu sammeln. Genau

das konnte man auf der darauffolgenden Sitzung des Fremdenverkehrs- und Forstausschusses sehen, als die CDU einen Antrag auf Kompostierung von Abfällen aus dem Bereich der Gemeindearbeiter einbrachte. Wir haben den Eindruck, daß die CDU zwar gegen die interfraktionelle Planungsgruppe war, aber nun scheinbar mögliche Vorschläge einer solchen Gruppe von sich aus einbringt.

Die Grünen Roetgens werden jedenfalls vom Müllproblem so schnell nicht ablassen, dabei aber den Weg der Vernunft gehen, ganz gleich ob andere Parteien mögliche Erfolge für sich in Anspruch nehmen.

Rudolf Schwarzenberger

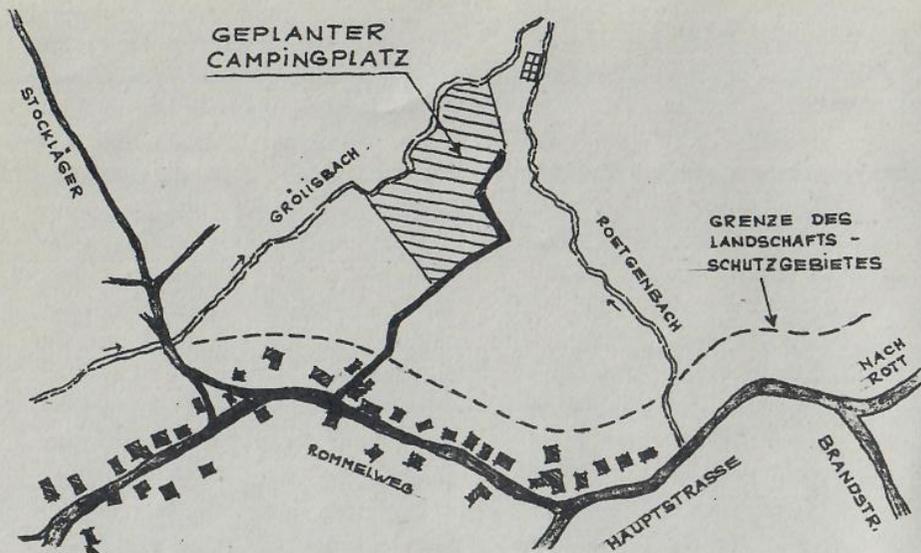
## Campingplatz am Grödisbach ?

In der letzten Rats- und Hauptausschußsitzung wurde heftig und kontrovers diskutiert, ob in Roetgen am Grödisbach ein neuer Campingplatz eingerichtet werden soll. Die GRÜNEN können einem Campingplatz an dieser Stelle jedoch nicht zustimmen, und dies hat folgende Gründe:

1. Der Campingplatz ist für die Bewohner des Rommelweges eine weitere Belästigungsquelle. Schon das Baulager und der Schuttplatz auf einem dort gelegenen Grundstück ärgern die Anlieger bereits zur Genüge. Zur Beruhigung wird von den Befürwortern gesagt, es solle ja ein "Seniorencampingplatz" werden. Wir fragen uns, wie man diese Beschränkung überhaupt garantieren will. Soll etwa jeder Camper nachweisen, daß er Rentner ist? Da will uns wohl Herr Stöhr eine unangenehme Sache versüßen. Lassen Sie sich nicht hinter Licht führen: Ein

"Seniorencampingplatz" läßt sich nicht verwirklichen!

Große Unterstützung findet der Antragsteller des Campingplatzes auch durch die mittlerweile eingespielte "große Koalition" aus SPD und CDU. In seiner Begründung für den Campingplatz wies CDU Ratsvertreter Garke darauf hin, daß die Gemeinde nicht weiter schlafen dürfe und sich hier etwas bewegen müsse. (Wie recht er doch hat: Die Nachtruhe der Anwohner ist gefährdet, auf dem Rommelweg wird sich einiges bewegen, die an- und abfahrenden Camper nämlich!) Doch wir fragen uns, ob das Bewegungen an der richtigen Stelle sind. Da sollten sich doch die gewählten Vertreter von CDU und SPD mehr für Veränderungen einsetzen, die wirklich der Roetgener Bevölkerung dienlich sind, z.B. für die von uns vorgeschlagene Verkehrsberuhigung.



2. Wir sind der Meinung, daß die Zersiedlung der Landschaft durch diesen Campingplatz vorangetrieben wird. Bei den riesigen Freiflächen im Innenbereich Roetgens wären auch andere Möglichkeiten für einen Campingplatz gegeben.

Desweiteren verschandelt dieser Campingplatz (Hanglage und von vielen Seiten einsehbar) die Landschaft. Er würde hier wie ein Fremdkörper wirken und die Natur zerstören. Während übergeordnete Stellen bereits auf diese Probleme hinweisen, schließen CDU und SPD in Roetgen hier vor die Augen. Bis zur Roetgener SPD ist wohl noch nicht vorgedrungen, daß sich ihr Parteiprogramm auf Landesebene zum Landschaftsschutz und zur geordneten städtebaulichen Entwicklung bekennt.

Wir meinen, der Bereich Grölisbach muß als Erholungsfläche für die Allgemeinheit erhalten bleiben!

### KUHHANDEL

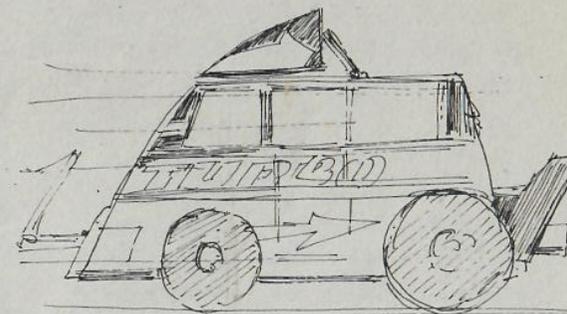
Warum auch Gemeindedirektor Stöhr den Campingplatz am Grölisbach so befürwortet, kann man nur verstehen, wenn man die Vorgeschichte kennt. Im Zusammenhang mit einem von der Gemeinde im

Gewerbegebiet benötigten Grundstück soll es zu einem Grundstücksringtausch kommen, ein "(Kuh)handel" also, der für die Roetgener Bevölkerung außer Nachteilen leider kaum etwas bringt.

Dabei ist das schon der zweite Versuch der Gemeinde, hier einen Campingplatz zu ermöglichen. Bereits 1984 stimmte der alte Gemeinderat einer Bauvoranfrage zur Anlegung des Campingsplatzes zu, obwohl im Flächennutzungsplan dieser Bereich als Sondergebiet für "Naherholung und Freizeit" ausgewiesen ist, in dem Campingplätze nicht zulässig sind. Hierfür steht in Mulartshütte ein extra ausgewiesenes Campingplatzgebiet zur Verfügung. Die Ablehnung der übergeordneten Behörden und des Gerichtes erfolgte prompt. Um dem Antragsteller doch noch zu seinem Campingplatz zu verhelfen, will die Gemeinde nun einen Bebauungsplan aufstellen, der diesen Bereich als Campingplatz ausweist. Ob dies so einfach geht, ist zumindest zweifelhaft, denn Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln, und der läßt einen Campingplatz an dieser Stelle eben nicht zu.

Der Rat und vor allen die Verwaltung werden sich noch Jahre mit dem Campingplatz beschäftigen, und es ist nicht auszuschließen, daß zuletzt aus dem oben angeführten Grund die Nichtigkeit des Bebauungsplanes durch das Verwaltungsgericht festgestellt wird. Schade nur, daß Teile der Verwaltung für längere Zeit mit dieser nur wenig aussichtsreichen Planungsarbeit gebunden sind und wirklich dringende Probleme, wie zum Beispiel die Verkehrsberuhigung und ein neues Konzept zur Müllentsorgung, links liegen gelassen werden.

Std.



## Verkehrsberuhigung

### Möglichkeiten und Probleme

Das Thema Verkehrsberuhigung ist zur Zeit überall sehr aktuell. Wie man das aber macht, darüber gibt es sehr viel verschiedene Meinungen. Die einen verstehen unter Verkehrsberuhigung lediglich eine Verlagerung des Verkehrs von einer Straße in eine andere, wo weniger Anwohner betroffen sind, andere wollen damit auch das Verkehrsaufkommen verringern und damit die Wohnqualität in diesen Straßen verbessern. Allen gemeinsam ist das Ziel einer Verringerung der negativen Begleiterscheinungen des heutigen Kraftfahrzeugverkehrs, wie Unfälle, Lärm und Abgase. Der Straßenraum soll wieder mehr für den Fußgänger und als Spiel- und Kommunikationsfläche da sein.

Warum interessieren sich die GRÜNEN in Roetgen so für dieses Thema?

Die Bürger dieser Gemeinde haben mehrfach Anträge auf Spielstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche, Schwellen und Schil-

der gestellt. Diese Anträge wurden vom Rat und der Gemeinde mehr oder weniger wohlwollend behandelt. Aber ein Gesamtkonzept wurde nicht sichtbar. Als es nun darum ging, für Roetgen bis März 86 einen Generalverkehrsplan zu erstellen, fragte unser Vertreter im Bauauschuß Klaus-Peter Kegel beim Bauamt nach, ob in diesen Plan auch verkehrsberuhigende oder -lenkende Maßnahmen aufgenommen würden. Das Bauamt teilt ihm mit, daß dies nicht beabsichtigt sei. Daraufhin stellten die GRÜNEN den Antrag, diese mit aufzunehmen und möglichst früh mit den Bürgern in Bürgerversammlungen zu diskutieren. Dieser Antrag wurde, wie schon so viele, von CDU und SPD abgeschmettert. Die SPD meinte uns vorwerfen zu müssen, wir wollten einen verkehrsberuhigten Bereich schaffen, um ihn uns dann im nächsten Kommunalwahlkampf an die Brust zu heften, außerdem

hatte sie Angst, bei einer Bürgerversammlung würden 5000 Leute erscheinen. Die CDU meinte, man müsse ein ausgefeiltes Konzept vorlegen, um darüber zu diskutieren, und an diesem Konzept, in dem erst einmal die Straßen klassifiziert werden müßten, würden sie arbeiten.

Worum ging es uns dabei? Verkehrsberuhigung und -lenkung sind einschneidende Maßnahmen für den einzelnen Bürger. So können Schleichwege nicht mehr benutzt werden, gewohnte Fahrstrecken werden holprig, und damit wächst auch für die Anwohner an solchen Straßen die Lärmbelästigung.

Die als Allheilmittel gepriesenen Schwellen erwiesen sich gerade in der Roetgenbachstraße in der ursprünglichen Ausführung als nicht durchsetzbar und in der jetzigen Form als nicht praktikabel. Viele derer, die sie gefordert hatten (es gab eine Initiative der Anwohner), brachten bereits eine Woche nach dem Aufbringen der "Hubbel" den Antrag ein, sie zu versetzen oder wieder wegzunehmen. Bevor aber diese "Hubbel" aufgebracht wurden, wurde uns von den Anwohnern vorgeworfen, wir hätten uns bei der entscheidenden Ratssitzung enthalten oder dagegen gestimmt und wären so gegen die Verkehrsberuhigung aufgetreten. Dabei hatten wir nur die Bedenken geäußert, die später zu einer Flut von Beschwerden führten (hohe Lärmbelästigung, Schwellenabstand zu groß, vermehrte Brems- und Anfahrgeräusche von sportlichen Autofahrern und Sturzgefahr von Motorradfahrern, wenn die Schwellen im Dunklen liegen).

Es gilt also, bei diesem Thema nüchtern und sachlich zu bleiben. Bei Bürgeranträ-

gen muß man eine gewisse Sachkenntnis besitzen und wissen, was man fordern kann. Zum Beispiel kann man auf einer gut ausgebauten Straße kaum eine Vorfahrtsänderung beantragen, die einer bisher untergeordneten Straße die Vorfahrt gibt. Das Aufstellen von Schildern obliegt nämlich der Kreisbehörde. Bauliche Veränderungen an Straßen liegen jedoch in der Verantwortung des zuständigen Straßenbaulastträgers, also bei gemeindeeigenen Straßen der Gemeinde. Der Kreis kann eine Beschilderung (verkehrsberuhigter Bereich etc.) nicht verwehren, wenn die Gemeinde die baulichen Voraussetzungen geschaffen hat. Um eine solche Panne wie in der Roetgenbachstraße zu verhindern, wollen wir eine Bürgerbeteiligung, die möglichst früh einsetzen sollte, weil wir meinen, die Verwaltung und die Ratsmitglieder können nicht alles wissen und bedürfen einer gewissen Beratung.

Wir werden in absehbarer Zukunft ein Konzept erarbeiten und dazu Bürgerversammlungen durchführen, um eine sinnvolle Verkehrsberuhigung, die auch Ihren Vorstellungen entspricht, zu erreichen. Bis dahin kann man nur an die Vernunft und Eigenverantwortung der Autofahrer appellieren: Fahren Sie auch auf den "Rennstrecken" in Roetgen vorsichtig, auch wenn Sie dabei öfters auf den Tacho schauen müssen. Sprechen Sie mit den (meist bekanntesten) Rasern, die Sie und Ihre Kinder gefährden.

Wer mehr dazu wissen will, dem sei folgendes Buch empfohlen: Franz, Lothar: Verkehrsberuhigung in Städten und Gemeinden, expert Verlag, Grafenau, 1982 (Kontakt & Studium; Bd. 80) ISBN 3-88508-780-4

Thomas Schwarzenberger

## Grüne Zwischenbilanz

Als die GRÜNEN in Roetgen vor knapp einem Jahr mit vier Vertretern in der Rat einzogen, wurden sie von den anderen Parteien mit der freundlichen Anmerkung empfangen: "Die GRÜNEN in Roetgen sind gänzlich überflüssig!" Daß 15% der Wähler anderer Meinung waren, scherte diese Profis unter den Ratsmitgliedern wenig. Die Bilanz von zehn Monaten Ratsarbeit zeigt, daß die GRÜNEN das politische Spektrum erheblich bereichert haben und Anliegen, Interessen und Meinungen konsequent vertreten haben, die innerhalb der anderen Parteien nicht zum Zuge kamen. Dort verhindert die Linie der Partei, daß sich beispielsweise Meinungen eines Rainer Hülsheger (CDU) oder Frank Knur (SPD) bei Ratsentscheidungen durchsetzen.

Zur Erinnerung zählen wir hier noch einmal auf, in welchen Bereichen und bei welchen Projekten sich die GRÜNEN bisher besonders eingesetzt und dabei in ihrer Stellung von den anderen Parteien wesentlich unterschieden haben.

### 1. Ökologie, Umweltschutz

#### a) Baumschutzsatzung

Es sollte erreicht werden, daß größere Bäume nur noch mit Genehmigung der Gemeinde gefällt werden dürfen. Das Fällen schützenswerter Bäume sollte nicht ins Belieben der Besitzer gestellt werden.

Was als Ratsbeschuß schließlich herauskam, sind windelweiche Empfehlungen an die Gemeinde und der Auftrag, einen Katalog erhaltenswerter Bäume einzurichten. Uns bleibt die Hoffnung, daß die

Einsicht der Bürger wächst, selbst für die Erhaltung ihrer das Ortsbild prägenden Bäume zu sorgen.

#### b) Landschaftszerstörung durch Zersiedlung

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie durch das Aufstellen von Bebauungsplänen wollen SPD und CDU dem Drängen privater Grundstückseigentümer nachgeben und in Roetgen zwischen Schnikevenn, Faggenwinkel und Waldrand ein Baugebiet schaffen. Außerdem soll in Roetgen am Grölisbach die Einrichtung eines Campingplatzes ermöglicht werden. Beide Gebiete sind Landschaftsschutzgebiete. Die GRÜNEN waren und sind gegen eine derartige landschaftszerstörende Zersiedlung.

#### c) Müllentsorgung

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß in Roetgen das Einsammeln des Hausmülls im Hinblick auf das Sortieren von Werkstoffen (Papier, Glas, Blech, Kunststoff usw.) und gefährlichen, giftigen Stoffen (Sondermüll) verbessert wird.

Von Seiten der CDU und SPD wehrt man sich dagegen, überhaupt darüber zu beraten, mit der Bemerkung, daß keine Verbesserungen nötig und durchführbar seien.



## 2. Bürgerbeteiligung

Wann immer möglich, haben die GRÜNEN versucht, die Bürger mit ins politische Geschehen am Ort einzubeziehen. Sei es durch Unterstützung von Bürgerinitiativen (Kindergarten, Spielplatz), durch Informationen, durch spezielle Einladungen zu Ausschusssitzungen (Campingplatz) oder durch Anträge zur Beteiligung der Bürger an wichtigen Planungen (Verkehrsberuhigung): Diese Beteiligung der Bürger ist uns ein wichtiges Anliegen, und wir werden auch in Zukunft verstärkt darauf hinarbeiten.

Unsere Bestrebungen, alle Bürger zu informieren, finden ihren Ausdruck vor allem in diesen Blättern, die es in dieser Form seitens der anderen Parteien nicht oder nur immer kurz vor den Wahlen gegeben hat. Auch darin sehen wir ein wichtiges Element der Bürgerbeteiligung.

## 3. Wohnumfeldverbesserung durch Verkehrsberuhigung

Mit mehreren Anträgen bemühten sich die GRÜNEN, auf eine Beruhigung des Verkehrs zu Gunsten von mehr Sicherheit für Fußgänger, besonders für Kinder, hinzuwirken:

- a) kein Ausbau der Wilhelmstraße als Rennstrecke
- b) versuchsweise Einführung von Tempo 30 im Schleebachgebiet,
- c) Erarbeitung eines Konzepts zur Verkehrsberuhigung für die Straßen in Wohngebieten.

Der Erfolg: Die Anträge a) und c) wurden zunächst (!?) zurückgestellt. Die anderen Fraktionen halten bisher noch nicht viel davon. Da muß wohl erst der Druck der Wähler wachsen, oder, und das wäre schlimm, fatale Unfälle sorgen für genügend harte Argumente.

Klaus-Peter Kegel

## **TERMINE ..... TERMINE ..... TERMINE .....**

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes "Die Grünen" Mittwoch, 13. 11., 19.30 Uhr.  
Roetgen im Grünen Büro Schleebachstr. 22. Diese Versammlung ist auch für Nicht-Mitglieder offen.

Jeweils am Montag vor den nachstehend genannten Rats- und Ausschuss-Sitzungen finden Vorbesprechungen der Grünen statt in Zimmer 14 des Rathauses. Diese Vorbesprechungen sind für jeden Bürger offen, Beginn 19.00 Uhr.

Bauausschuss	Dienstag, 29. 10., 18.00 Uhr.
Ausschuss für Bildung, Jugend, Soziales und Sport	Dienstag, 5. 11., 18.00 Uhr.
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Dienstag, 12. 11., 18.00 Uhr.
Fremdenverkehrs- und Forstausschuss	Dienstag, 19. 11., 18.00 Uhr.
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Dienstag, 26. 11., 18.00 Uhr.
Gemeinderat	Dienstag, 10. 12., 18.00 Uhr.

## **Gewerbegebiet**

Schon lange beschäftigt sich der Bauausschuß mit Fragen des neuen Gewerbeumsiedlungsgebietes. Es vergeht kaum eine Sitzung, in der nicht die GRÜNEN auf teilweise erhebliche Fehler hinweisen müssen, die der Gemeinde mit diesem Projekt unterlaufen.

Das Lieblingskind der etablierten Parteien wird zum "Skandal"-Gewerbegebiet: fehlerhafte Löschwasserversorgung, erhebliche Kostenüberschreitung beim Regenrückhaltebecken, die überzogenen Festsetzungen des Bebauungsplanes (zulässig sind z.B. 15 m hohe Gebäude, das entspricht über 5 Wohngeschossen!) und - weil der Bebauungsplan nicht "paßt" - die regelmäßig erteilten Ausnahmen oder Befreiungen sind hierfür nur als Beispiele zu nennen.

Daß laut Beschluß des Bauausschusses vom 27.11.1984 die Bepflanzung der Grünstreifen im Frühjahr 1985 erfolgen sollte und dort heute noch kein Pflänzchen wächst, überrascht uns da schon nicht mehr.

Eine neue Variante der gemeindlichen "Schildbürgerstreiche" bescherte den GRÜNEN die vergangene Bauausschußsitzung: Einem Zimmereibetrieb verkaufte die Gemeinde 1984 im Randbereich des Gewerbegebietes ein Grundstück, auf dem laut Bebauungsplan Zimmereien nicht zulässig sind.

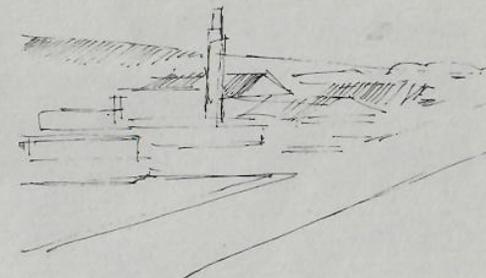
### **Impressum**

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen" Roetgen, Schleebachstr. 22.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Siegfried Scholz.

Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

Bankverbindung: R. Schwarzenberger - OV "Die Grünen", Konto 93 513 bei der Raiffeisenbank Roetgen, BLZ 3706 9642.



Wir GRÜNEN wehren uns dagegen, daß die Gemeinde nun versucht, diesen ihr unterlaufenen Fehler mit einer rechtlich sehr bedenklichen, für die Gemeinde jedoch bequemen Ausnahme zu legalisieren. Ein Zimmereibetrieb kann hinsichtlich des Immissionsmaßes nicht einer im Randbereich des Bebauungsplanes zulässigen Lagerhalle gleichgestellt werden. Daß unterschiedliche Immissionen zu erwarten sind, ergibt sich bereits aus dem Bebauungsplan, denn Zimmereien sind hiernach nur in dem im Inneren des Bebauungsplanes liegenden GE<sub>2</sub>-Gebiet zulässig.

Wir GRÜNEN meinen, daß auch im Gewerbegebiet auf eine sinnvolle Entwicklung geachtet werden muß, die sich an den Interessen der Allgemeinheit zu orientieren hat.

Noch besteht eine Chance, mit einem vom Kreis Aachen vorgeschlagenen Grundstückstausch dem Zimmereibetrieb im Gewerbegebiet ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen, auf dem der Zimmerer möglichst bald seine Bauabsichten verwirklichen kann.

Std.

# Wer hat den Schwarzen Peter ?



Es war schon eine spektakuläre Nachricht, daß die Fraktion der SPD im Roetgener Rat die Abberufung des Gemeindedirektors Stöhr fordern wollte. Vielen sind sicher die zahlreichen Pannen in der Verwaltung unserer Gemeinde bekannt, doch wir Grünen hüten uns vor vorschnellen Schlüssen, wenn es speziell um das Gewerbegebiet geht. "Weder sinnvoll noch möglich" schrieb SPD-Fraktionssprecher Dr. Hans Hoffmann am 12. 10. 85 in den "Eifeler Nachrichten" zur Forderung der Grünen, die Schuldfrage für die Pannen im Roetgener Gewerbebebauungsgebiet durch einen Untersuchungsausschuß klären zu lassen. Eine solche Einrichtung kenne die Gemeindeordnung nicht und im übrigen seien den anderen Fraktionen die Fakten bekannt. Diese Behauptung wird in den "Nachrichten" vom 16. 10. 85 wiederholt.

Wir Grünen fragen uns jedoch, warum sein Parteifreund und Ratsmitglied Manfred Eis noch am 24. 9. 85 in der Bauausschußsitzung eine Klärung der Schuldfrage forderte, wenn der SPD doch alle Fakten bekannt sind? Ein Untersuchungsausschuß ist, im Gegensatz zu Herrn Hoffmanns Auffassung

durchaus möglich: nach Paragraph 41 (1) der Gemeindeordnung kann der Rat Ausschüsse bilden, denen er nach Paragraph 40 (3) das Recht auf Akteneinsicht einräumen kann. Wörtlich heißt es in einem Kommentar zur Gemeindeordnung: "Ob der Rat sich bei der Ausübung seines Akteneinsichtsrechts eines bestehenden Ausschusses ... bedient oder zu diesem Zweck einen Untersuchungsausschuß bildet, ist seiner eigenen Entscheidung überlassen". Auch die Geschäftsordnung der Gemeinde Roetgen bestimmt eindeutig, daß der Rat zur Überwachung der Verwaltungsangelegenheiten und der Beschlüsse durch einen von ihm zu bestimmenden Ausschuß Einsicht in die Akten verlangen kann. Daß die etablierten Parteien die jahrelange Entwicklung des Gewerbebebauungsgebietes besser kennen (oder kennen sollten!), als die erst seit einem Jahr im Rat vertretenen Grünen, liegt auf der Hand. Und daß der SPD-Bauausschußvorsitzende Herbert Lichterfeld aufgrund der Gemeinde- und Geschäftsordnung bei der Verwaltung über bessere Informationsmöglichkeiten verfügt (z.B. Recht auf Akteneinsicht), ist einleuchtend. Ob diese Informationsmöglichkeit jedoch genutzt und die Verwaltung in ausreichendem Maße kontrolliert wurde, ist zumindest fraglich.

Wir Grünen sind uns nach unserem gegenwärtigem Kenntnisstand sicher, daß der Gemeindedirektor nicht allein verantwortlich für die Misere im Gewerbebebauungsgebiet ist. Um alle Verantwortlichen zu ermitteln, ist für uns die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses unerlässlich.

Rudolf Schwarzenberger